

DER MITGLIEDSBEITRAG FÜR DAS JAHR 1976

Diejenigen Mitglieder, die einen Jahresbeitrag über 2,— DM bezahlen und ihn bisher noch nicht entrichtet haben, werden gebeten, den Beitrag für 1976 recht bald zu überweisen.

Konten: Nr. 13 862 Sparkasse Nordfriesland Husum
 Nr. 114 07-206 Postscheckamt Hamburg

SITZ DER GESCHÄFTSSTELLE

Unsere Geschäftsstelle in Husum ist von der Theodor-Storm-Straße 9 nach Osterende 46 verlegt worden. Der Fernsprechananschluß (0 48 41) 24 23 bleibt bestehen. Außerhalb der Geschäftszeit ist der Geschäftsführer Harms unter (0 48 41) 49 02 fernmündlich zu erreichen.

WAS DIESES HEFT BRINGT

Seite

<i>Ernst Siegfried Hansen</i> Dreißig Jahre nach der Gründung des Bundes deutscher Nordschleswiger.....	35
<i>Carsten R. Mogensen / Johann Runge</i> Verzerrende Vereinfachung der Geschichte.....	46
<i>Peter Hopp / Manfred Jessen-Klingenberg / Jörn-Peter Leppien</i> Die nationalen Auseinandersetzungen um Schleswig.....	53
<i>Horst Nägele</i> Ein Mahnmal deutsch-dänischer Freundschaft.....	64

PETER HOPP, Doktorand, geb. 1941, MANFRED JESSEN-KLINGENBERG, Dr. phil, geb. 1935, JÖRN-PETER LEPPHEN, Doktorand, geb. 1943, sind Schüler von Professor Scharff, Universität Kiel. Von allen sind Publikationen zur schleswig-holsteinischen und dänischen Geschichte erschienen. Sie nehmen alle drei aktiv an der dänisch-deutschen Schulbuchdiskussion teil.

CARSTEN R. MOGENSEN, geb. 1948 in Kopenhagen; Studentereksamen 1967, cand. phil. in Geschichte 1973; Christian-Paulsen-medalje für eine Arbeit über das Problem „Deutschland und die deutsche Minderheit in Nordschleswig während der Besatzungszeit“ 1973. Seit 1973 Stipendiat an Studiefdelingen ved Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig/Flensburg.

JOHANN RUNGE, geb. 1926 in Flensburg; Abitur, Askov Folkehøjskole 1949/ 50, Studium der Geschichte und Germanistik in Kiel und Kopenhagen. 1958 Promotion in Geschichte. 1960-74 Lektor für deutsche Literatur an der Universität Islands. Seit Juni 1974 Leiter der Studiefdelingen ved

Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig in Flensburg. 1954-58 Mitredakteur FRONT OG BRO; Veröffentlichungen über Chr. Paulsen, U. J. Lornsen und Jens Jessen.

HORST NÄGELE, geboren in Stuttgart, Jahrgang 1934. 1962-1969 Studium der Germanistik, Anglistik, Skandinavistik, Philosophie und Indologie in Westdeutschland (Universität Kiel), Großbritannien (University of Newcastle upon Tyne) und Dänemark (Aarhus Universitet). 1969 Dr. phil. (Kiel). Seit 1967 als freier Forscher in Dänemark wohnhaft. Im Winterhalbjahr 1974/75 Studienreise durch Indien.

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden herausgegeben vom Grenzfriedensbund. Bezugspreis für V 3339 F 2,— DM, für V 3340 F 1,— DM jährlich.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Redaktion: Ernst Beier, 239 Flensburg, Waldstraße 40.

Geschäftsstelle: Husum, Osterende 46

Druck: Severin Schmidt GmbH & Co., Graphische Werke, Flensburg.

GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

WIR DÜRFEN NICHT ÜBERSEHEN ...

Die Ereignisse von 1920 ... bewirkten zugleich die Zerschneidung der Lebenslinien der Heimdeutschen in Nordschleswig zum Muttervolk, und das unter den denkbar ungünstigsten Aussichten.

Wir dürfen nicht übersehen, daß sich das Heimdeutschtum immer nur unter dem Aspekt eines „ganzen Schleswig“ in seiner Eigenart bewußt werden konnte. Das wurde durch die Teilung nun völlig anders. Es blieb nämlich kein in sich ruhendes und aus sich lebendes, schwerpunktmäßig geschlossenes deutsches Bevölkerungselement zurück.

Und nun geschieht das Merkwürdige. Es waren die Jungen, die unter der Leitung einiger Älteren den Aufbau, im Grunde einen völligen Neuaufbau, entsagungsvoll — es gab fast kein Geld — begannen und auch schafften ... Es waren die Jungen, die aus dem Kriege zurückkehrten und sich vielfach zur Jugendbewegung rechneten, die Pastor Schmidt-Wodder auf den Jugendtagungen in der Volkshochschule Tingleff um sich zu sammeln begann ...

Im Mittelpunkt stand die Frage: Wie erhalten wir uns deutsch trotz der Abschirmung durch die neue Grenze, trotz dänischer Schule und Kirche ... trotz der Einbeziehung in das Netz des dänischen Wirtschaftslebens? Und mit Zuversicht ging man an die Beantwortung dieser Frage durch die Tat. Dabei bekam die Frage bald eine andere Wendung: „Wie werden wir deutscher, wie werden wir bessere Mitglieder des deutschen Volkes?“ Es wurde uns klar, daß wir nicht allein am äußeren, sondern auch am inneren Zusammenbruch des deutschen Volkes teilgenommen hatten.

Daher „brauchen wir eine Gemeinschaft ... Einfache, schlichte Formen des Lebens, daheim wie draußen, sind uns gemäß; was die Stadt aufs Land hinausbringt, ist fremdes Gewächs. Der Boden, das Heim ist unser kostbarster

Besitz; daran gilt es mit allen Kräften festzuhalten; hier haben wir unser Gepräge als Heimdeutsche zu erhalten ...“

Darüber hinaus gilt es die Verbindung mit dem deutschen Volke zu erhalten und immer fester zu knüpfen ...

Nehmen wir zu dieser Gebundenheit an die heimatliche Scholle die ruhige, in sich gekehrte Art des Nordschleswigers, so erhellt daraus, daß die Jugendbewegung hier nichts Überschwängliches, Revolutionäres bekommen konnte, keinen Flug durch die Wolken der Menschheitsideale in eine erträumte Zukunft hinein, sondern gekennzeichnet ist durch eine Wendung ins Praktische, zu volkspädagogischer Arbeit.

*

Man kann ganz deutlich an den Jahrgängen des deutschen Volkskalenders Nordschleswig verfolgen, auf welcher geistigen Ebene der Nationalsozialismus in der Volksgruppe Einlaß fand. Es war das von uns seit 1920 kultivierte volkliche Denken, das mit seiner ausgeprägt bäuerlichen Komponente den verhängnisvollen Einbruch ermöglichte. Viel zu spät entdeckte man die radikale Bindungslosigkeit unter der Maske einer volklichen Ideologie. Die rassische Überspitzung schlug in Rassenhaß gegen das Judentum und im hemmungslosen Führertum in eine Pervertierung um, die kein Nordschleswiger geahnt noch gewollt hatte. So mußte es kommen, daß sich die Volksgruppe als Ganzes in einem Maße verstrickte, aus dem es kein Entrinnen gab. Nach dem Kriege hat man dafür bitter leiden müssen.

Aber erst mit dem Jahrgang 1940 — also nach Ausbruch des Krieges — wird die Partei unmittelbar dominierend ...

Dr. PAUL KOOPMANN

in seiner Betrachtung „50 Jahre deutscher Volkskalender Nordschleswig“ — erschienen im Jahrgang 1976, der sich in der traditionellen Aufmachung seiner Vorgänger den Lesern präsentiert und dessen Schwergewicht in seinen heimatkundlichen Beiträgen liegt.

Rückblick und Ausblick

Dreißig Jahre nach der Gründung des Bundes deutscher Nordschleswiger

Ernst Siegfried Hansen gehört zu den Mitbegründern des Bundes deutscher Nordschleswiger. Darum ist er mit den Voraussetzungen für den Neubeginn nach 1945 und den politischen Vorstellungen der Anfangszeit genau vertraut. In seiner Festansprache auf dem Deutschen Tag in Tingleff — dreißig Jahre nach der Gründung des BdN — ließ er diese Zeit noch einmal lebendig werden. Ihrer grundsätzlichen Bedeutung wegen — auch im Hinblick auf die in der deutschen Volksgruppe gegenwärtig wieder geführte Debatte um die Bewältigung einer nationalistischen Vergangenheit — bringen wir nachstehend den Festvortrag in seinem Wortlaut.

Die Red.

Als ich leichtsinnig genug gewesen war, den Auftrag anzunehmen, dreißig Jahre nach der Gründung des Bundes deutscher Nordschleswiger Rückblick und Ausblick zu halten, begann ich in alten Papieren zu blättern. Ich kam zu dem Schluß: Eigentlich brauchst du diesen Vortrag gar nicht halten, denn was die Historiker benötigen, ist schon geschrieben und gedruckt — und haben nicht viele selbst miterlebt, wie es damals war?

Es sind jedoch neue Generationen herangewachsen. Für sie liegt das Geschehen in den Nebeln der Vergangenheit. Vielleicht sind nur die Fotos aus dem vortrefflichen Klischeearchiv des „Nordschleswiger“ in ihr Bewußtsein eingedrungen, die bei Jubiläen erscheinen: Dr. Waldemar Reuter mit buschigen Augenbrauen und entschlossenem Blick, Friedrich Prahl mit langer Pfeife im Lehnstuhl sitzend, Matthias Hansen mit Hut, Dr. Wernich im Schillerkragen bei Hans Hedtoft, Jes Schmidt und ich als junge Leute mit kreisrunder Brille, wie sie damals modern war.

Ich brauche nur noch an das Bild von Schmidt-Wodder — mit Eckkragen und schwarzer Schleife — zu erinnern, um deutlich zu machen, daß 1945 auch eine Generationsfrage gegeben war. Persönlichkeiten von Rang, die noch in der preußisch-deutschen Zeit aufgewachsen waren, 1920 im Protest gegen die En-bloc-Abstimmung die Forderung nach einer „neuen Entscheidung“ erhoben hatten und als Begründer der deutschen Volksgruppe gelten können, standen neben der Generation, die in den zwanziger Jahren jung und selbstlos ein blühendes Kulturleben entwickelte, und hinzu kamen wir, die noch in der Wiege lagen, als der Erste Weltkrieg zu Ende ging.

*

In einer Darstellung der Gründungsgeschichte des Bundes deutscher Nordschleswiger, die vor zehn Jahren im „Nordschleswiger“ erschien, ist versucht worden, die Kreise zu umreißen, die im Sommer 1945, als viele von uns noch im Faarhuslager interniert waren, den Versuch unternahmen, einen Weg zu finden, um das düstere Schicksal der deutschen Volksgruppe zu wenden. Genannt wurden der Kreis um Schmidt-Wodder, zu dem ich Hans Schmidt-Gorsblock rechnen darf, die Internierten selbst, die hinter Stacheldraht mit Gutachten und Denkschriften der rückwirkenden politischen Strafgesetzgebung entgegenzuwirken suchten, kultur- und schulpolitisch engagierte Kreise um Dr. Reuter und Pastor Beuck, denen es schon am 1. August 1945 gelang, den Deutschen Schul- und Sprachverein zu gründen.

Der Kristallisationspunkt, so möchte ich ihn nennen, wurde der „Hadersiebener Kreis“, eine Gruppe deutscher Nordschleswiger in Hadersleben, die sich in der chaotischen letzten Periode der Besatzungszeit Dänemarks nach dem Ausnahmezustand vom 29. August 1943 — wie die Volksgruppenführung auch — um Intervention zugunsten betroffener dänischer Landsleute bemüht hatten. Die Niederschrift in der steilen Handschrift Pastor Prahls auf gelbem Konzeptpapier, die als Urfassung der Gründungserklärung des Bundes deutscher Nordschleswiger zu gelten hat, stammt vom 11. November 1943.

In dem großen, am 30. Dezember 1972 erschienenen Interview, zu dem Siegfried Matlok mit seinem schnurrenden Bandgerät Professor Troels Fink verlockte, wies der letztere darauf hin, daß der „Hadersiebener Kreis“ nur ganz klein war und — zur Zeit der Niederschrift Prahls — ohne Einfluß auf die politische Führung. Das konnte nicht anders sein. Das Besondere am „Hadersiebener Kreis“ aber war, daß er sich nicht damit begnügte, im Sommer 1945 an der von einer Anzahl deutscher Nordschleswiger veröffentlichten Loyalitätserklärung teilzunehmen, sondern den Einfluß zu gewinnen suchte, den Troels Fink mit Recht für entscheidend hält.

Troels Fink hat auch richtig festgestellt, nach 1945 habe man das einzig Richtige getan: nämlich die Verständigung mit der dänischen Mehrheit zu suchen. Wie vermochte man die Grundlage dafür zu finden? Das war die Frage, die man sich im Herbst 1945 realistisch stellen mußte. Die Antwort war ebenso klar:

Einmal mußte man mit Hilfe der Persönlichkeiten, die in dem scharfen politischen Klima der Nachkriegszeit von dänischer Seite als Vertreter einer Verständigungspolitik akzeptiert wurden, eine neue politische Linie entwickeln; zum anderen mußte man im direkten Kontakt mit führenden Dänen in Nordschleswig zu einem modus vivendi kommen; es ging um die Existenz und die Zukunft tausender deutschgesinnter Familien in unserer Heimat, es ging darum, daß sie auch künftig als Deutsche in Nordschleswig leben konnten.

Durch die „Engagements von Anfang des Krieges“, wie der frühere Reichsbevollmächtigte Dr. Werner Best später vor dem Richter in Apenrade

aussagte, hatte es für die deutsche Volksgruppe während der Besatzungszeit kein Zurück mehr gegeben. Freiwilliger Frontdienst, Zeitfreiwilligendienst, Teilnahme am Selbstschutz — um die größten Gruppen zu nennen — fielen unter die rückwirkenden Strafgesetze. Fast 3000 wurden später verurteilt, weit mehr noch waren anfangs interniert.

Um uns herum wurden unsere Institutionen zum Einsturz gebracht. 30 Kommunal Schulen mit 2166 Schülern und 59 Privatschulen mit 1857 Schülern wurden abgewickelt oder geschlossen. Bis auf die Büchereien, die — soweit möglich — von freiwilligen Kräften weitergeführt wurden, entfielen die Voraussetzungen für kulturelle Tätigkeiten. Selbst Kirchengemeinden verwaisten. An die 1500 gebürtige Nordschleswiger, die einen deutschen Paß hatten, verfielen der Internierung und späteren Ausweisung. Steinerner Symbole fielen Bombenanschlägen ebenso zum Opfer wie der technische Betrieb der „Nordschleswischen Zeitung“.

Auch in der rückwirkenden Betrachtung fällt es auf dänischer Seite schwer, zu verstehen, daß uns die Aufgabe gestellt war — soweit wir die Möglichkeit dazu hatten —, diese auch in der bewegten Geschichte des Grenzlandes einmalige Situation zu meistern.

Niemand, der im Besitz gesunder Vernunft war, hatte sich Zweifeln darüber hingeben können, daß Krieg, Besatzungszeit und Niederlage Folgen auch für die deutsche Volksgruppe haben mußten.

Die Erwartung, wir hätten uns, statt diesen Folgen entgegenzutreten, theoretischen Betrachtungen über Vergangenheitsbewältigung hingeben sollen, beruht doch wohl auf einer zu akademischen Denkweise. Auch Troels Fink hat eine solche Auseinandersetzung vermißt. Ich habe in meiner Antwort darauf hingewiesen, daß die Notsituation der deutschen Minderheit zwischen Kapitulation und Abklingen der rückwirkenden Rechtsabrechnung die freie und offene Vergangenheitsbewältigung blockierte. Wie konnten wir den Kräften Argumente liefern, die erklärtermaßen einen großen Teil unserer Landsleute des Landes verweisen wollten und die es für vertretbar hielten, Freiwilligen, die fernab von Dänemark Frontdienst als junge Deutsche geleistet hatten, den Strafprozeß zu machen? Die Mitverantwortung für das Gestern, zu dem wir uns durchaus bekannten, konnten wir doch nicht durch eine Mitschuld von heute wettmachen.

*

Bei den Persönlichkeiten, die an den Gesprächen vor der Gründung des Bundes deutscher Nordschleswiger teilnahmen, ist das Gewicht der vorliegenden Gefahrenmomente zweifellos je nach Temperament und Ausgangspunkt unterschiedlich beurteilt worden.

Für mich war das äußerste Risikomoment, wie ich es nennen möchte, das entscheidende: die Möglichkeit, daß alle deutschen Nordschleswiger, deren

freiwilliger Dienst mit der Besatzungsmacht in Verbindung gebracht werden konnte, ihr Heimatrecht verlieren und wie Millionen Deutsche vertrieben würden. Die Aussicht auf ein solches unaufrichtbares Unglück mußte für jeden von uns, der selbst alteingesessen war, Richtpunkt des Handelns sein.

Zuweilen ist geltend gemacht worden, wir hätten diese Gefahr überschätzt, sie sei nur theoretisch vorhanden gewesen. Das ist nicht richtig. Der „Sønderjydske Råd“ der dänischen Freiheitsbewegung, ein Gremium, das für eine Zeitspanne eine wesentliche Rolle spielte und führende Dänen der „alten Schule“ in die Kulissen abgedrängt hatte, forderte in einer Entschließung, die ab Mitte Mai 1945 in zahlreichen Versammlungen gestützt wurde, die Ausweisung aller dieser deutschen Nordschleswiger. Bei den Friedensverhandlungen sollte Deutschland, so hieß es, die Verpflichtung auferlegt werden, die Ausgewiesenen aufzunehmen. Warum, wenn das nicht ernstzunehmen war, hätte Schmidt-Wodder sonst in einem Schreiben an den damaligen Ministerpräsidenten Buhl vom 20. Mai 1945 gegen diese Forderung Protest erhoben?

Wenn ich zurückdenke an den Tag, als ich, mit direkten Eindrücken vom Faarhuslager zurückgekehrt und zur Aufnahme einer Vermittlertätigkeit von Mitschülern des Gymnasiums, wie z. B. Schiffsreeeder Hans Jacob Jebesen, aufgefordert, das kleine Büro von Peter Callesen in der noch nicht beschlagnahmten Hauptbücherei am Schulweg in Apenrade betrat, so sind zwei Eindrücke beherrschend:

Der Aktendeckel, den ich vorfand, legte Zeugnis ab von dem Drängen und der Bereitschaft namhafter deutscher Persönlichkeiten überall in Nordschleswig, zu einem neuen Anfang auch auf politischer Ebene zu kommen, aber auch von der Schwierigkeit, einen Generalnenner dafür durch eine Gründungserklärung zu finden,

denn fürwahr, schwierig ist es, komplizierte Zusammenhänge in wenige Worte zu pressen — im Normalfalle ist von dem Versuch abzuraten.

Was nach umfassender gegenseitiger Korrespondenz und einer Reihe von Gesprächen — nicht zuletzt mit dem „Haderslebener Kreis“ am 10. November 1945 — möglich wurde: die Einberufung zu einer Gründungsversammlung für den 22. November 1945 nach Apenrade, beruht letztlich darauf, daß alle Beteiligten in ihren Motiven übereinstimmen. Dreißig kamen zur Gründungsversammlung — zwanzig waren übriggeblieben, als nach redaktionellen Änderungen und zeitweise dramatischem Verlauf die Gründungserklärung angenommen und die Gründung des Bundes deutscher Nordschleswiger beschlossen wurde — zunächst als Provisorium, das unter der Leitung von Matthias Hansen bis zur Wahl des ersten Hauptvorstandes am 17. Mai 1947 dauerte.

Rückblickend spielte der erste Satz der Gründungserklärung eine entscheidende Rolle: „Als deutsche Nordschleswiger bekennen wir uns zu unbedingter Loyalität

dem dänischen König, dem dänischen Staat und der jetzigen Grenze gegenüber und erstreben einen ehrlichen Frieden in unserer Heimat“.

Oft wird diese Formulierung verkürzt: Wir hätten die Grenze von 1920 anerkannt. Das ist in einer Weise verblüffend. Noch 1945 eine „neue Entscheidung“ zu fordern — vom „Heim ins Reich“ ganz zu schweigen — wäre anachronistisch gewesen. Im Gegenteil war es jetzt die neu-eiderdänische Bewegung, die, gestützt auf den volklichen deutschen Zusammenbruch in Mittel- und Südschleswig, die Verlegung der Grenze südwärts anstrebte, möglichst bis zum alten Lauf der Eider.

Die Anerkennung der Grenze von 1920, die nur in dem parteiinternen sogenannten Stauning-Wels-Abkommen der sozialdemokratischen Parteien, nie aber von der Weimarer Republik oder dem nationalsozialistischen Deutschland erfolgt war — sie galt als „Versailles-Grenze“ —, hatte auch 1945 noch eine erhebliche psychologische Bedeutung, selbst wenn Troels Fink findet, die deutsche Minderheit habe sich 1945, als sie auf die Forderung einer Grenzrevision verzichtet habe, kein Verdienst erworben, denn es habe keine Alternative gegeben. Die psychologische Bedeutung ergab sich daraus, daß die dänische Bevölkerungsmehrheit in Nordschleswig 1945 noch unter dem Eindruck der zwanziger, dreißiger und vierziger Jahre stand, als sie die Möglichkeit, Deutschland werde in einer gegebenen Situation die Grenzziehung anfechten, als potentielle Gefahr zu betrachten Grund genug hatte. In der deutschen Volksgruppe hatte die Grenzfrage seit der letzten, in ihren Ursachen noch heute recht ungeklärten „Heim-ins-Reich“-Welle des Sommers 1940 kaum noch Aktualität. Das erleichterte diese Formulierung der Gründungserklärung, die Prahl in seiner Niederschrift von 1943 schärfer gefaßt hatte. Darin hieß es, daß die „jetzige Grenze zu Recht besteht“.

Die Grenzfrage spielte bei der Gründung des Bundes deutscher Nordschleswiger nur die Rolle eines Gliedes des angewandten Loyalitätsprinzips. Dieses Prinzip selbst war entscheidend und ist der Angelpunkt der nachfolgenden Stufennormalisierung der Verhältnisse im Grenzland geworden.

Es liegt ja — vergessen wir das nicht — eine bemerkenswerte Spannweite zwischen den Maitagen Anno 1945, als auf den Karteikarten tausender deutscher Nordschleswiger bei ihren ersten Vernehmungen pauschal die Beschuldigung „landesschädlicher Tätigkeit“ stand, und der heutigen Situation, in der Jes Schmidt als deutsch-nordschleswigscher Abgeordneter den wichtigsten Gremien des dänischen Folketings angehört, ohne daß auch nur ein Schatten des Zweifels an seiner staatsbürgerlichen Loyalität aufkommen könnte.

Eine Gründung wie diejenige des Bundes deutscher Nordschleswiger ist zunächst ein Postulat. Gestützt auf repräsentative Persönlichkeiten und der Situation gerecht werdende Papiere schickt man sich an, zu beweisen, daß die neu entstandene Organisation die deutsche Volksgruppe vertritt.

Im Verlauf des Provisoriums vermochte der Bund durch eine Reihe von Aktivitäten das Postulat zu erhärten. Durch Eingaben an zuständige Ausschüsse in Kopenhagen am 10. und 11. Dezember 1945 suchte der Bund Einfluß auf die Entwicklung zu gewinnen, die Stufe für Stufe zur Abwicklung der Wirkungen der Rechtsabrechnung führte. Unter größten finanziellen Schwierigkeiten wurde am 2. Februar 1946 die erste Nummer des „Nordschleswiger“ — zunächst als kleine Wochenzeitung — herausgebracht.

Mit dem „Nordschleswiger“ wiederum konnte in fast aussichtsloser Lage zur Kandidatenaufstellung für die Kommunalwahlen vom 12. März 1946 aufgerufen werden, was in 18 Gemeinden und den 4 Städten geschah. Trotz dieser Begrenzung, trotz Internierungen und Wahlrechtsverlusten wurden insgesamt 5086 Stimmen abgegeben. „Es ist völlig überraschend, wie schnell die Deutschen sich wieder erhoben haben“, rief der alte I. P. Nielsen aus. Wo es keine deutschen Kandidaten gab, warfen unsere Wähler ihre Stimmen auf einheimische Dänen, von denen sie wußten, daß sie den Unfrieden in der Heimat nicht wollten.

Zur Abrundung des Bildes dieser Gründung gehört es, daß nach den provisorischen Gründungen, die Frederik Christensen gelungen waren, in dem eisigkalten Winter 1946-47 eine Gründungswelle über das Land ging, angetrieben und organisiert in erster Linie von dem inzwischen aus der Verworrenheit der Nachkriegszeit wieder in der Heimat aufgetauchten Jes Schmidt. Nach der Konstituierung des ersten Ortsvereins des Bundes in Feldstedt am 16. November 1946 schossen in diesem Winter 23 Ortsvereine mit rund 3000 Mitgliedern wie Pilze aus dem Boden, obgleich die Internierten in ihrer großen Mehrheit noch nicht zu Hause waren.

*

Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, festzustellen, daß die dänische Demokratie in dem Maße, wie sie ihre Handlungsfreiheit gegenüber Stimmungswellen wiedergewann, die als Folge der Besatzungszeit über Dänemark rollten, die Wirkungen der Rechtsabrechnung zunächst zu mildern, dann weitgehend zu neutralisieren suchte.

Ich erinnere an das erste Revisionsgesetz vom 24. Mai 1946, durch das das Strafmaß herabgesetzt, Probeentlassungen ermöglicht und die Bestimmungen über den Verlust bürgerlicher Ehrenrechte modifiziert wurden.

Dann folgte am 1. Juni 1947 eine weitere Revision, die „Kleine Amnestie“, durch die vielen politisch Verurteilten das Recht zur verantwortlichen Führung ihrer Betriebe zurückgegeben wurde, Invaliden- und Altersrenten wurden wieder zuerkannt, Rechtsanwälte, Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte erhielten ihre Praxisrechte zurück, was für die deutsche Volksgruppe besondere Bedeutung hatte. Couragiert trat insbesondere Hans Hedtoft als dänischer Regierungschef für eine Teilamnestie ein, die allerdings erst am 27. Mai 1950 vom Parlament

angenommen wurde, als er und Justizminister K. K. Steincke mit der Regierung in der Frage der Butterrationalisierung ausgeglichen waren.

Durch die „Kleine Amnestie“ erhielten in Dänemark etwa 10.000 Personen, darunter mindestens 2.000 deutsche Nordschleswiger, ihre vollen bürgerlichen Ehrenrechte zurück, und im Folketing erklärte der Justizminister, was durch dieses Amnestiegesetz geschehe, sei die geschlossene Wiederherstellung bürgerlicher und politischer Rechte der Betroffenen, durch die sie die bürgerliche Ehre zurück gewonnen hätten.

Als Schlußstein fehlte nur die Generalamnestie, wie sie nach den Schleswigschen Kriegen erteilt worden war. Mit dieser von uns vertretenen Forderung, die psychologisch begründet war, scheiterten wir ebenso, wie es bisher mit dem Bemühen um eine Befreiung der deutschen Volksgruppe von den Sperrbestimmungen des Wahlgesetzes geschehen ist.

Es kann heute keinem schwerfallen, einzusehen, daß Dänemark in der Periode von 1945 bis 1955 — der eigentlichen Nachkriegszeit — in schwere innere und äußere Probleme verwickelt war. Die Besatzungszeit, mit dem Bogen, den sie beschrieb — von dem Akzept der Besetzung unter Protest über eine aktive Zusammenarbeitspolitik mit Deutschland bis zum Zusammenbruch der Ordnung im Widerstand —, war keineswegs im Reichsarchiv deponiert: Streit über die Südschleswig-Frage, Stimmungswellen und Kontroversen in der Problematik der Rechtsabrechnung, Enttäuschung der Männer des Widerstands darüber, daß ihre Träume der Wirklichkeit nicht standhielten, wirtschaftliche und finanzielle Engpässe, Arbeitslosigkeit prägten dieses Nachkriegsjahrzehnt, das inzwischen hinter der goldenen Fassade der sechziger Jahre aus dem Bewußtsein verdrängt worden ist.

Ich mache mich, wie schon früher oft, zum Fürsprecher einer Relativitätsbetrachtung dieser Periode in der Frage des Verhältnisses Dänemarks zum deutschen Nachbarn einschließlich der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig. Entscheidend für die sich anbahnende Normalisierung war nicht, was geschah, sondern was nicht geschah, sei es aus gesundem Menschenverstand, aus Vorsicht gegenüber der Möglichkeit einer Wiederkehr Deutschlands oder aus dem Bewußtsein, es müsse ein Weg zu einer künftigen guten Nachbarschaft gefunden werden.

*

Die deutsche Volksgruppe darf von sich sagen, daß sie ihrerseits unter schwierigsten Voraussetzungen Anteil daran hatte, den Ausgangspunkt für die friedliche Entwicklung in unserem schleswigschen Grenzland zu sichern. Über „Kieler Erklärung“ und „Kopenhagener Protokoll“ wurde im Zeichen der sicherheitspolitischen und militärischen Zusammenarbeit in der Nato das Ziel deutschdänischer Minderheitsverhandlungen im Februar/März 1955 in

Kopenhagen mit am 29. März in Bonn nachfolgender Unterzeichnung der parallelen Grundsatzserklärungen über die Rechte der Minderheiten beiderseits der Grenze erreicht.

Wir sollten aber der jungen Generation von heute auch sagen: Diese friedlichen, landsmannschaftlichen Verhältnisse in unserer Heimat zu sichern, ist eine immerwährende Aufgabe für jeden, auf welchem Platz er auch stehen möge.

Königin Margrethe hat bei ihrem Staatsbesuch in Bonn am 19. Juni 1974 mit Recht gesagt: „In Dänemark spricht man nicht von den Grenzen, sondern von *der* Grenze ... Diese Grenze ist im Laufe der tausendjährigen Geschichte mehrmals verschoben worden, und die Konflikte, die dadurch entstanden, bilden weitgehend den Inhalt der dänischen Geschichte.“

Gustav Heinemann, damals Bundespräsident, erklärte in seiner Ansprache an die Königin: „Ein eindrucksvolles Beispiel für vorbildliche Nachbarschaft geben die Minderheiten auf beiden Seiten der offenen Grenze, die heute als loyale Bürger des Staates, in dem sie leben, sich gleichzeitig ihrer kulturellen Heimat verbunden fühlen und eine Brücke zwischen unseren Ländern bilden. Ich habe diese Entwicklung“, so fügte der Bundespräsident hinzu, „stets mit besonderem Interesse und großer Befriedigung verfolgt und danke all denen, die auf beiden Seiten dazu beigetragen haben.“

Ein Wort des höchsten Repräsentanten der deutschen Bundesrepublik, das allen zu denken geben möge, die meinen, es habe kaum noch Sinn, man sei vergessen, ja werde beinahe als Anachronismus angesehen.

*

Dr. Werner Schmidt, der Vorsitzende des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes, schrieb mir in diesem Sommer, als er sich einen Artikel für die Monatsschrift „Schleswig-Holstein“ erbat, sicherlich werde auch deutlich zu machen sein, daß jede Minderung in Haltung und Selbstverständnis der Minderheiten eine Funktion des jeweiligen Muttervolkes sei. Ein kluges Wort, und wir wollen versuchen, einen Blick auf diesen Zusammenhang zu werfen, der traditionell mit der Vorstellung beginnen würde, bis zur Etablierung der Bundesrepublik im Herbst 1949 habe es ein Vakuum gegeben.

Tatsächlich aber gab es dieses Vakuum nur bis zum 2. Dezember 1946, als mitten in der chaotischen Hungerzeit das Land Schleswig-Holstein entstand, auf Anweisung der britischen Besatzungsmacht, die sich mit britischer Gelassenheit anschickte, dieses Land zu verteidigen, auch an der Nordgrenze. Die Grenze blieb noch eine ganze Weile gesperrt, aber

mit dem schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Theodor Steltzer wie mit den Männern der ersten Stunde, die als politische Exponenten aus dem Nichts erschienen, trat an die Stelle des dänischen Monologs allmählich ein dänisch-deutscher Dialog, weithin noch mit starken Dissonanzen. Mit flatternden blau-

weißroten Fahnen begann Schleswig-Holstein stellvertretend für Deutschland zu sprechen.

Für uns, die in der Nachkriegszeit die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig vertreten durften — und ich selbst war einer der ersten, der über die Grenze kam —, eröffnete sich durch vielfältige Kontakte, oft bis hin zu persönlichen Freundschaften, eine Zusammenarbeit und ein Gedankenaustausch mit führenden Schleswig-Holsteinern, die zu den besten Erinnerungen unseres Lebens gehören. Ich freue mich jedesmal, wenn ich davon lese, daß diese enge Verbindung bis auf den heutigen Tag bestehen geblieben ist.

Ich bekenne, daß mein Leben mit der Entstehungsgeschichte und dem Wiederaufbau des Landes Schleswig-Holstein in dieser Zeit verwoben wurde.

Die ganze deutsche Volksgruppe sollte erkennen, wie bedeutsam für sie die Wandlung Schleswig-Holsteins von einer ehrbaren preußischen Provinz in ein seine Kräfte voll entfaltendes deutsches Land ist, das der späteren Bundesrepublik führende politische Kräfte stellen konnte, so wie es 400 Jahre lang im dänisch-deutschen Gesamtstaat der Fall war, und das gelernt hat, seine Geschichte als etwas Eigenständiges zu begreifen, nicht nur als Annex der allerdings glorreichen preußisch-deutschen Geschichte.

Wenn wir Sorgen hatten, gingen wir zu Lüdemann, Diekmann, Bartram, Lübke, von Hassel, Lemke — so wie Marquardsen und Gerhard Schmidt zu Stoltenberg gehen, unverändert in der Gewißheit, freundschaftlich empfangen und angehört zu werden.

Warum sollte man alles so schwarz sehen. Die Verbindung zwischen Nordschleswig — und zumal der deutschen Volksgruppe — zu Schleswig-Holstein ist nie so eng gewesen wie seit der Normalisierung nach dem zweiten Weltkrieg. Rundfunk und Fernsehen in Hamburg und Schleswig-Holstein, deren Mitarbeiter erfreulicherweise nie eine Grenze anerkannt haben, sondern frischweg von Süd nach Nord operieren, bringen das schleswig-holsteinische Leben täglich in das Haus, die Zeitung tut es auch wieder. Die Nordschleswiger haben nie aufgehört, Flensburg als ihre Haupt- und Lieblingsstadt zu betrachten. Sie fahren ja nicht ins Theater und Kino nach Kolding oder Esbjerg.

Blicken wir auf die Bundesrepublik, die in den Westzonen auf den Trümmern des Reiches wie Phönix aus der Asche stieg, ein Wirtschaftswunder vollbrachte, das die Welt heute noch in Staunen versetzt, entgegen allen düsteren Prognosen eine stabile Demokratie entwickelte und durch Vernunft ihrer Wähler rechtsradikale Experimente zum Scheitern brachte, sich mit Frankreich versöhnte und den Grund für eine Entspannung nach Osten legte, so ist es begrenzt, wie viel der zur Zeit in Mode befindlichen Verdrossenheit berechtigt ist. Kürzlich saß ich in Kopenhagen mit einem Kreis namhafter dänischer Persönlichkeiten zusammen, die unter großen Bedenken zu analysieren suchten, welche Bedeutung solchen

Erscheinungen in der Bundesrepublik beizumessen sei, wie sie im Baader-Meinhof-Prozeß zum Ausdruck kämen. Ich bat die Herren, sich zur richtigen Einschätzung einmal die Frage zu stellen, ob es je einen deutschen Staat gegeben habe, mit dem das deutsche Volk sich bis auf Marginalgruppen so identifiziert habe wie mit der Bundesrepublik Deutschland.

Im Kaiserreich stand, obgleich wir es als Bürgerkinder schwer erkennen, die Arbeiterschaft abseits oder gegen den Staat, von einer patriotischen Aufwallung 1914 abgesehen. Mit der Weimarer Republik fand sich das Bürgertum nur mit Mühe ab, wenn überhaupt. Im nationalsozialistischen Deutschland erfaßte die Begeisterung des Anfangs einen sehr großen Teil des Volkes, aber die Opposition verschwand zu hunderttausenden in den Konzentrationslagern. Erst in der Bundesrepublik hat sich ein sehr hoher Grad der Übereinstimmung von Staat und Volk ergeben.

Millionen Deutsche fanden in diesem Staat eine neue Heimat, hunderttausende suchten über Todesstreifen und Mauer in diesen Staat zu gelangen, immer noch kommen sie aus allen Ostländern oder hoffen darauf, zu kommen.

Das ist, bei allen Schwächen, die das Privileg einer Demokratie sind, die Wahrheit über die Bundesrepublik,

die Wahrheit ist, daß niemand, der an einem Fabrikator zu erkennen gibt, den Staat Umstürzen zu wollen, ohne einen Denkartel deutscher Arbeiter davonkommt, und die Wahrheit ist, daß niemand mehr die Flagge herunterreißt, um eine schwarz-weiß-rote zu hissen. Eine Minderung in Haltung und Selbstverständnis der deutschen Volksgruppe als Funktion des Muttervolkes kann nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden, aber sie darf nicht auf einer Fehlbeurteilung des Muttervolkes beruhen.

*

So können wir dann zuletzt, auf die 30jährige Wiederkehr des Gründungstages des Bundes deutscher Nordschleswiger zurückkommend, wie schon an früheren Gedenktagen die Frage stellen, welches Lied es war, das an der Wiege des Bundes gesungen wurde, und genauso antworten: das Lied von der dienenden Rolle der Politik.

Die Politik hat die Aufgabe, die Existenz der deutschen Volksgruppe zu sichern, Not und Bedrängnis von ihr abzuwenden, dafür zu sorgen, daß man deutsch sein kann, ohne sein bürgerliches Ansehen zu verlieren, und einen Schirm aufzuspannen, unter dem Gemeinschaftsleben, Schule und Kirche sich frei entfalten können. Denn nur durch die echten, inneren Kräfte, die aus dem sprachlichen und kulturellen Erbe kommen, kann die deutsche Volksgruppe in legitimer Weise festhalten, anziehen und binden, was zu ihr gehört.

In den dreißig Jahren seit der Gründung des Bundes deutscher Nordschleswiger hat sich die Szenerie in unserem Grenzland Schleswig stark gewandelt. Über die Loyalitätserklärung des BdN im Jahre 1945 und über die Bonn-Kopenhagener Minderheiten-Erklärungen aus dem Jahre 1955 sind wir von der Konfrontation zur Kooperation gekommen. Das ist eine erfreuliche Entwicklung, zu der wir als deutsche Volksgruppe ganz sicher auch unseren Beitrag geleistet haben. In dieser Entwicklung haben wir selbstverständlich laufend unser Ziel und unsere Aufgabenstellung überdenken müssen. Sie stellen sich heute wie folgt dar: Wir möchten unsere Verbindungen zum deutschen Sprach- und Kulturkreis aufrechterhalten, bei gleichzeitiger Mitarbeit im dänischen Staat. Darin sehen wir eine grenzüberwindende Zielsetzung im Einklang mit dem Gedanken der von uns befürworteten europäischen Integration.

PETER IVER JOHANNSEN / Deutscher Tag 1975

STANDPUNKT • STANDPUNKT • STANDPUNKT

Aus Anlaß der Tagung „Vom Standpunkt zum Standort“ der Arbeitsgemeinschaft junger Nordschleswiger im September 1975 in der Akademie Sankelmark hatte die Redaktion der Grenzfriedenshefte die mit der Geschichte des schleswigschen Grenzlandes besonders vertrauten Historiker Dr. Hans-Friedrich Schütt und Gerd Vaagt gebeten, einen kurzgefaßten Überblick über „Die Zeit der nationalen Auseinandersetzungen um Schleswig“ zu schreiben (siehe Grenzfriedenshefte 3/1975, S. 129-136). Beide haben diesem Wunsche trotz ihrer grundsätzlichen Bedenken gegen ein solches Unterfangen — die Gefahr der zu starken Vereinfachung — freundlicherweise entsprochen, aber mit ihrer Darstellung der Ereignisse der letzten 150 Jahre prompt das ausgelöst, was die Grundlage ihrer Bedenken war: die Frage nach der Exaktheit und Ausgewogenheit der Betrachtung einer geschichtlichen Epoche, um deren sachliche Interpretation man sich seit Jahren mit zunehmendem Erfolge von deutscher und dänischer Seite gemeinsam auf den Schulbuchkonferenzen der Akademie Sankelmark bemüht.

Nachstehend finden sich zwei kritische Stellungnahmen zu der Betrachtungsweise von schleswigscher Geschichte, wie sie in dem Aufsatz Schütt-Vaagt zu finden ist — die eine von dänisch-schleswigscher, die andere von deutsch-schleswig-holsteinischer Seite. Durch sie könnte der unzutreffende Eindruck entstehen, daß es nach wie vor tiefgreifende Differenzen in der Auffassung von der Geschichte des Grenzlandes unter denen gibt, die in den bisher stattgefundenen drei Sankelmarker Schulbuchkonferenzen auf der Suche nach den gemeinsamen Grundlagen der Geschichtsbetrachtung mit zunehmendem Erfolge sachlich zusammenarbeiteten, aber in diesem Grenzfriedensheft kollegial die geistige Klinge miteinander kreuzen. Das sei als erfreuliche Tatsache hier angemerkt. Die Red.

*

Das Problematische eines Abrisses 150 Jahre schleswigscher Geschichte

CARSTEN R. MOGENSEN / JOHANN RUNGE

Verzerrende Vereinfachung der Geschichte

Absolute Objektivität gibt es in der Geschichtsschreibung nicht. Ein gewisses Quantum an Subjektivität kann der Interpretation und der Darstellung sogar Farbe verleihen. Aber wo Subjektivität in Entstellung und Tendenz ausartet, da muß eingegriffen werden.

„Die Zeit der nationalen Auseinandersetzung um Schleswig“, lautet die Überschrift eines Artikels von H.-F. Schütt und G. Vaagt im Grenzfriedensheft 3/1975, Seite 129 bis 136. Schon das erste Lesen dieses Artikels rief an 27 Stellen heftige Protestreaktionen hervor. Nur einige wenige der aufregenden Deutungen und Formulierungen sollen hier kurz auf gegriffen werden, um die Problematik eines Abrisses, die Gefahr der verzerrenden Vereinfachung, der Manipulation mit Fakten und der Ideologisierung des Stoffes sichtbar zu machen.

„Das nationale Erwachen zerstörte die geschichtlich gewachsene Gemeinschaft der Bevölkerung des Herzogtums Schleswig...“

Verrät diese Formulierung nicht ein romantisches Vergangenheitsbild? Wer pflegte den regionalen Patriotismus und das Treueverhältnis zur dänischen Krone? Der Adel, der Bürger, das Mitglied der städtischen oder ländlichen Unterklasse? Kann man bei der unterschiedlichen Steuer- und Handelsprivilegierung, bei den bestehenden starken Klassen- und Bildungsunterschieden wirklich von einer Gemeinsamkeit im politischen und patriotischen Denken sprechen? Sogar „gleiches“ Nationalgefühl oder „gleicher“ Patriotismus waren innerhalb derselben Klasse, desselben Berufsstandes oder bei Personen derselben geographischen Herkunft unterschiedlich motiviert.

Nach der schleswig-holsteinischen Erhebung von 1848 war der deutsch-dänische Gesamtstaat ein Anachronismus geworden. Dadurch, daß dieser Staat, im Gegensatz zu den vorherrschenden politischen Tendenzen in Schleswig-Holstein und Dänemark, wiederhergestellt wurde, waren kommende Krisen, Konflikte zwischen „Schleswig-Holsteinern“ und „(Eider-)Dänen“, in dieses Staatsgebilde eingebaut. Diese innere Problematik darf nicht auf eiderdänische Einverleibungspolitik, Verwaltungsmaßnahmen und Sprachverordnungen in Mittelschleswig reduziert werden.

Kann man sich wirklich mit der Erklärung bescheiden, daß Bismarcks Bereitschaft, das Selbstbestimmungsrecht im nördlichen Schleswig zu verwirklichen, scheiterte, weil die Schwierigkeiten zu groß waren, eine Grenze zu finden, die die Nationalitäten vollständig voneinander sonderte? Alle angeführten geographischen, militärischen sowie innen- und außenpolitischen Gründe reden doch an der Hauptsache vorbei: Die Grenze hätte durch die Anwendung des Artikel V gefunden werden sollen; vorherige Grenzüberlegungen konnten nur der Verzögerung dienen. Entscheidend ist, daß Staatsräson, Machtdenken, politischer Egoismus und Nationalismus über den Gedanken des nationalen Selbstbestimmungsrechts siegten.

Der Artikel V wurde „in Nordschleswig nicht vergessen, er blieb als Hoffnung eine wirkende Kraft bei den Mitgliedern der dänischen Minderheit“ ...

„Nordschleswig war 1914 dänischer, als es 1886 gewesen war. Ein Blick auf die Wählerstimmen zeigt es: 1912 wurden bei der Reichstagswahl im Gebiet des heutigen Nordschleswig 16.645 dänische und 9.660 deutsche Stimmen abgegeben.“

Das klingt gut und überzeugend. Doch: Weder 1867, 1886 noch 1914 war das Dänentum Nordschleswigs eine Minderheit. Hier stimmt der Bezug nicht, dadurch wird beim Leser das Bild von einer deutschen Mehrheit in Nordschleswig erzeugt. Die Ideologie vom deutschen Nordschleswig durchbricht die angestrebte

Objektivität. Die Zitierung der dänischen und der deutschen Stimmen ist sinnlos. Der Vergleich einer Zahl mit sich selbst ergibt nichts und beweist daher auch nichts — und schon gar keine Entwicklung. Die Verfasser haben wahrscheinlich auch gar nicht das quantitative Anwachsen des Dänentums, sondern die qualitative Stärkung, die Politisierung des dänischen Bewußtseins durch die Köllerpolitik, gemeint. Dann dürfte der Satz stimmen.

„In Nordschleswig wurde der Abstimmungskampf nicht mit der nötigen Entschlossenheit geführt, weil man sowieso mit einer Niederlage rechnete.“ Kämpfen die einsatzbereiten, heimat- und vaterlandsliebenden Helden nur, wenn der Sieg sicher ist? Die Ursachen liegen doch anderswo: Man startete den Wahlkampf zu spät, weil man sich mehr darauf konzentrierte, undemokratische Zweidrittelmehrheitsthesen zu vertreten oder den Gedanken an eine Abstimmung zu verdrängen. Frage und Antwort treffen jedoch noch nicht den Kern der Aussage, der liegt nämlich in der Tendenz des Artikels verborgen: Die erschütternde Wahlniederlage muß nachträglich verbrämt werden, um „Größe“ und „Anziehungskraft“ der deutschen Minderheit zu retten.

Es gibt keine Grundlage für die Behauptung, daß die deutschen Mehrheiten in Sonderburg und Apenrade unberücksichtigt blieben. Die deutschen Stimmen dieser beiden Städte machten einen wesentlichen Anteil (21 %) der 25.319 deutschen Stimmen in Nordschleswig aus. Wie hätte man die kleinen deutschen Mehrheiten dieser beiden Städte in einem überwiegend dänischen Umland geographisch berücksichtigen können? Problematisch für die Grenzziehung sind die deutschen Mehrheiten in Hoyer, Tondern sowie in den nicht genannten Gebieten Hoyer Land, Uberg und Tingleff. Wenn man mit den Prozentangaben arbeitet, wirkt die Ungerechtigkeit überwältigend, nimmt man die absoluten Zahlen, wird sie weniger imponierend, vergleicht man die Ungerechtigkeit der Grenzziehung von 1920 mit den Ungerechtigkeiten, die durch die Verwirklichung der deutschen Grenzvorschläge entstanden wären, verblaßt sie vollends. Und: Wer für Bismarcks Nordschleswig-Politik Verteidigungsgründe findet, der sollte die Gerechtigkeit der Grenzziehung eines H. P. Hanssen nur bewundern.

In der Stadt Flensburg entfielen 27.081 Stimmen auf die deutsche und 8.944 auf die dänische Liste. Warum übernehmen die Verfasser Franz v. Jessens Angaben und nicht ihre eigenen Werte aus „Flensburg in Geschichte und Gegenwart“? Ja, die Zahlen! Die haben es in sich. Die größere deutsche Minderheit in Nordschleswig verdoppelt ihre Wählerstimmen in der Zeit von 1920 bis 1939. Die kleinere dänische Minderheit in Südschleswig verliert zwischen 1924 (6.761) bis 1932 (1.544) über dreiviertel ihrer Wählerstimmen. Aber: Auch objektiv richtige Zahlen trügen. Es wurde die Reichstagswahl vom 6. November 1932 herangezogen. Slesvigsk Forening in Flensburg (etwa 3.100 Mitglieder) nahm überhaupt nicht an dieser Wahl teil, stellte keine Kandidaten auf und führte keinen

Wahlkampf. Dennoch gaben 828 Flensburger und 716 andere Dänischgesonnene ihre Stimme einer Liste, die eine auf Demonstration bedachte Minderheit innerhalb der Minderheit außerhalb Flensburgs aufgestellt hatte. Die Entwicklung des Dänentums in Südschleswig wird also durch ein Wahlergebnis belegt, das extrem irreführend ist. Relevante Zahlen hätten die Kommunalwahlen vom 12. März 1933 (4.658 dänische Stimmen) oder „Den Slesvigske Forenings“ Mitgliedszahlen gegeben (1933/34: 3.822 plus etwa 500 Mitglieder im Landkreis Flensburg). Aber diese Zahlen hätten tendenzschwächend gewirkt.

„Im Sinne des Ausgleichs ist ... die Schulordnung zu werten, die in Dänemark seit 1920 bzw. 1923 galt und die der deutschen Minderheit den Aufbau eines eigenen Schulwesens ermöglichte, sowie die entsprechende preußische Minderheitenordnung, die 1926 erlassen wurde.“

Aber „den Bemühungen um einen Ausgleich im Grenzland war damals jedoch kein Erfolg beschieden. Weite Kreise in Dänemark hielten an der alten Forderung ‚Dänemark bis zur Eider‘ fest“.

Der Beweis: Ein Auszug aus einem Flensburg-Avis-Artikel vom 11. Februar 1932. Die Tendenz ist ganz eindeutig: Immer die bösen Dänen! Dabei kamen diese doch *zuerst* mit einer Schulordnung, die als ausgleichend bewertet wird. Die spätere „entsprechende“ preußische Ordnung von 1926 entspricht der dänischen überhaupt nicht. Sie enthielt geographische Begrenzungen und definierte den Personenkreis, der seine Kinder in die dänischen Schulen senden durfte. Diese undemokratischen Elemente gab es in der dänischen Schulordnung für Nordschleswig nicht — und damit auch nicht die Schikanen, denen die dänischen Eltern in Südschleswig ausgesetzt wurden. Und dann die Reaktion bei der Einführung dieser *preußischen* Schulverordnung. In Schleswig-Holstein häuften sich die Stimmen gegen diese Schulordnung, die zunächst kommunale dänische Schulen und dänische Abteilungen an öffentlichen deutschen Schulen vorsah, denn man wollte dänischen Unterricht nicht mit öffentlichen Geldern fördern. Man wünschte dagegen eine Privatschulordnung — und rechnete damit, daß die ökonomisch schlecht gestellte Minderheit die Vorteile dieser Ordnung nicht ausnutzen konnte. Die schleswig-holsteinische Forderung entsprach genau der deutschen Interessenlage in Nordschleswig. Und das als Beweis für eiderdänische Revisionswünsche herangezogene Flensburg-Avis-Zitat von 1932? Es richtete sich gegen königsauendeutsche Revisionswünsche. Es hat keinen anderen Inhalt. Es ist korrekt, daß die deutsche Minderheit in Nordschleswig nach langdauernden Richtungskämpfen geschwächt wurde, daß sie ihre sozialdemokratischen gestellte Deutsche verloren haben, das beweist der große Wahlerfolg von 1939. Anhänger verlor; dagegen kann sie nur wenige konservativ oder christlich ein- Zu dem Zeitpunkt war die Minderheit gleichgeschaltet. Der Abfall der Sozialdemokraten von der Minderheit geschah nicht aufgrund der blauen Augen,

blonden Haare oder des milden Gemüts der Dänen („die gewinnenden Züge des dänischen Nachbarn“ ist eine Leerformel!), sondern aufgrund politischer Entscheidungen gegen den Nationalsozialismus. Der nationale Gesinnungswechsel war eine Entscheidung gegen die — wegen politischer und finanzieller Wünsche an das Dritte Reich erzwungene — freiwillige Nazifizierung der deutschen Minderheit in Nordschleswig. Genau diese Problematik wird im vorliegenden Text verschleiert. Damit unterstützt man nicht nur die Zurückhaltung, mit der die führenden Persönlichkeiten der deutschen Minderheit die Aufarbeitung ihrer NS-Vergangenheit betreiben, sondern man fördert auch die Vorbehalte, die man heute noch diesen Männern gegenüber haben muß. Und vor allem blockiert man die Identifikationsmöglichkeiten der jungen Generation deutscher Nordschleswiger.

Dank seiner national-liberal-demokratischen Tradition und Grundhaltung hält Dänemark dem nach dem 9. April 1940 bis zum Unerträglichen gesteigerten Druck des nationalsozialistischen Deutschland stand — und deswegen ist dieser Druck nur scheinbar unerträglich. Hier ist man der Wortlogik aufgesessen, die die Realität des Drucks nicht im geringsten erleichterte oder erträglicher machte.

Eine starke Untertreibung ist die Behauptung, daß die NS-Rasseideologen in Berlin vorrangig an einem guten Verhältnis zu den skandinavischen Staaten interessiert waren und es deswegen für Nordschleswig keine Heimkehr ins Reich gab. Das Auswärtige Amt wünschte Ruhe im Raum beiderseits der Grenze, da die Folgen der Unruhe auf den gesamten skandinavischen Raum ausstrahlten. Hitler, Himmler und Genossen wollten sich das höhere Ziel, das großgermanische Reich, nicht durch die Aktivität übereifriger Grenzgürtelarbeiter in Schleswig-Holstein und wegen so einer Lappalie wie Nordschleswig vermessen lassen.

Völlig ausgespart wird die während des Dritten Reiches um ihre Existenz ringende dänische Minderheit in Südschleswig. In zähen Einzelverhandlungen von Fall zu Fall, von Instanz zu Instanz und oft auf mehreren Ebenen zugleich spielte die dänische Minderheit die Rivalitäten und unterschiedlichen Interessen der lokalen Behörden und Parteiinstanzen, der Parteiorgane in Kiel und Berlin sowie des Auswärtigen Amtes gegeneinander aus, wies ständig auf die Folgen für die deutsche Minderheit in Nordschleswig hin und erzielte so Kompromisse, Erleichterungen und Bestätigung einiger Rechte, die dennoch stets bedroht blieben. Es gelang aber nie, die einzelnen Mitglieder gegen Schikanen, Druck und Erpressungsversuche der *lokalen* Behörden, Organisationen und Parteiinstanzen zu schützen.

Der zweitletzte Abschnitt des hier behandelten Artikels schlägt einem nahezu die Sprache, der Leser fühlt sich in die Jahre des übelsten Grenzkampfes zurückversetzt: Die arme, unschuldige deutsche Minderheit in Nordschleswig wird von Dänemark vergewaltigt. Dennoch, ihre deutsche Treue überstrahlt verklärend

die erlittene Schmach — während in Südschleswig nationale Zugehörigkeit und kulturelles Erbe für ein Linsengericht aufgegeben werden.

Das ist über ein Vierteljahrhundert zu spät geschrieben worden.

Auf die Geschmacklosigkeit, Bibel und „Speckdätheorie“ zu kombinieren, soll nicht weiter eingegangen werden. „Kulturelles Erbe“: Als wenn überall nur antiquierte Bildungsbürger und Intellektuelle herumliefen. Aber bleiben wir dennoch auf der „Kultur“ebene: Der angeprangerte Wechsel von Nation und Kultur ist für „Zweistromige“ doch jederzeit möglich, und durch das doppelte Kulturangebot kann der Wechsel in Krisenzeiten auch für andere Grenzbewohner akut werden. Es hat auf dem kulturellen Gebiet kein „Aufgeben“, sondern ein „Umwerten“, ein „Abwerten des Deutschen“ und ein „Aufwerten des Dänischen“ stattgefunden. Für viele war der nationale Gesinnungswechsel vor allem eine politische Entscheidung. Der vorliegende Text beweist nur, daß man die tieferen Beweggründe der dänischen Bewegung immer noch nicht erfaßt hat — oder nicht erfassen will, da sie vielleicht das eigene „kulturelle Erbe“ in Frage stellen könnten. In der Schilderung der nordschleswigschen Vorgänge wird die Kürzung zur Entstellung. Verschwiegen wird die Illoyalität der nationalsozialistischen deutschen Minderheit dem dänischen Staat gegenüber, verdeckt wird die Problematik der Rechtsabrechnung und der Enteignung durch die Floskel, daß dies „... nur auf dem Hintergrund der Geschehnisse von 1940 bis 1945 zu verstehen ...“ sei. Dort steht wirklich „1940“ und nicht 1933 bis 1945. Es ist bezeichnend, daß die Chronologie nach 1933 völlig ins Schwimmen gerät. Durch diese Unschärfe kann man alle unangenehmen Wahrheiten spielend vernebeln. Doch konzentrieren wir uns auf die Nachkriegsereignisse. Die Verhaftungen waren doch nicht auf die deutschen Nordschleswiger beschränkt gewesen. Welche Möglichkeiten hätte es vor dem Mai 1945 gegeben, die Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht rechtlich zu verfolgen? Hätte man nach der deutschen Niederlage die Aktivisten der Minderheit nach geltendem Recht als Landesverräter vors Gericht stellen sollen? Das Deutschtum wurde sogar als „mildernder Umstand“ anerkannt. Wie hätte der dänische Staat den von der deutschen Besatzungsmacht aufgebauten 8-Milliarden-Kronen-Schuldenberg abtragen sollen, wenn nicht durch die Beschlagnahme des deutschen Eigentums, durch Einziehung der Kriegsgewinne und der unterschlagenen Steuern? Auch hier traf es ja nicht nur die deutschen Nordschleswiger. Und: Wo ist der Vergleich mit den Vorgängen an den anderen deutschen Grenzen? Dort hat es Radikallösungen gegeben, die in Dänemark gerade *nicht* gewählt worden sind. Die Artikelverfasser gestehen den deutschen Nordschleswigern einen „Faarhus-Effekt“ zu. Hatten Dänen 1945 kein Recht auf einen „Frøslev-Effekt“? u.s.w., u.s.f., all das wird verschwiegen, weil es keine Rolle spielen *darf!* Sonst würde die deutsche Selbstgerechtigkeit angekratzt werden. Unterdrückt wird die weitere Entwicklung

der (vormals) „größeren“ deutschen Minderheit in Nordschleswig, die 15.016 Wähler 1939 mustern konnte. 1953 ließ der gerühmte „Selbstbehauptungswille“ dieser Minderheit die Zahl der Anhänger auf 9.721 zusammenschmelzen, am 5. März 1974 waren es noch 6.464 Wähler. Die Schar der Getreuen war erst auf 64,7 % und dann auf 43 % der Anzahl von 1939 geschrumpft. Mit diesen Werten kann man keinen Zweckoptimismus verbreiten, deshalb passen sie nicht in einen Artikel, dessen Hauptinhalte die für die deutsche Minderheit werbenden Effekte sind.

Es ist verteuftelt schwer, einen einigermaßen objektiven Abriss zu schreiben. Eine subjektive Färbung dieser Gegendarstellung ist durch ihren Anlaß bedingt.

Die nationalen Auseinandersetzungen um Schleswig

Ein Diskussionsbeitrag

zu einem Abriß der letzten 150 Jahre Schlesiwijs eher Geschichte

Im Grenzfriedensheft 3/1975 erschien ein Aufsatz von Hans-Friedrich Schütt und Gerd Vaagt über „Die Zeit der nationalen Auseinandersetzungen um Schleswig.“¹ Dieser kurze „Blick auf 150 Jahre Grenzlandgeschichte“ war als historische Grundinformation für eine Tagung gedacht, die der Arbeitskreis junger Nordschleswiger und der Grenzfriedensbund als Mitträger im Oktober 1975 in der Akademie Sankelmark veranstalteten.

Der Vorsitzende des Arbeitskreises, Philipp Iwersen, schreibt im selben Heft:² „Wenn wir die heutigen und die künftigen Verhältnisse hier im Grenzland diskutieren wollen — vor allem die Dinge, die die Volksgruppe betreffen — so muß uns dieser geschichtliche Hintergrund bekannt sein.“ Iwersen gibt damit die begrüßenswerte Bereitschaft der jungen deutschen Nordschleswiger zu erkennen, sich mit der Vergangenheit der Minderheit ernsthaft und sachlich auseinanderzusetzen — eine Bereitschaft, die letztlich auch von den älteren deutschen Nordschleswigern bekundet wurde.³ Denn ohne Kenntnis und ohne die „Bewältigung“ seiner Vergangenheit wird es dem deutsch gesinnten Bevölkerungsteil immer schwerfallen müssen, seinen wahren Standort im Grenzland des dänischen Staates zu finden. Nur so wird man letzten Endes historisch begründete Ressentiments der Dänen aus dem Wege räumen können. Einen „Kniefall“ erwartet gewiß niemand; es geht um nichts mehr und nichts weniger als um eine nüchterne, ehrliche Bestandsaufnahme der Vergangenheit, insbesondere der letzten 55 Jahre.⁴ Das Interview des „Nordschleswigers“ von 1972 mit dem ehemaligen dänischen Generalkonsul Professor Troels Fink⁵ sowie die zum Teil entrüsteten Reaktionen darauf sind Beispiele dafür, daß Fragen und Tatbestände der Geschichte immer noch für das Verhältnis der Nationalitäten im Grenzland von großer Bedeutung sind, besonders dann, wenn es gilt, sich über „neuralgische Punkte“ zu verständigen. Und solche „neuralgischen Punkte“ gibt es viele; sie sind nicht nur in diesem Jahrhundert anzutreffen, sondern auch in früheren Zeiten.

Gewiß kann und darf man die Vergangenheit von verschiedenen Standpunkten aus betrachten und bewerten. Das haben, was die Geschichte Schlesiwijs

anbelangt, Dänen und Deutsche bis in unsere Tage getan. Aber auch innerhalb der beiden „Lager“ gab und gibt es unterschiedliche Auffassungen, und das ist gut so. Denn zwei dogmatisch geprägte Fronten, die einander geschlossen gegenüberstehen, würden eine ertragreiche Diskussion letztlich unmöglich machen und absterben lassen. Man hat im übrigen oftmals außer acht gelassen, daß dänische und deutsche Historiker viele Ereignisse der gemeinsamen Geschichte mit gleichen Urteilen bedachten, und zwar auch auf die Gefahr hin, sich bei ihren Landsleuten unbeliebt zu machen. So verhehlen wir nicht, daß wir der Auffassung, die Troels Fink in dem erwähnten Interview äußerte, grundsätzlich zustimmen.

Die Betrachtungsweise von Schütt und Vaagt entspricht jedoch in mancher Hinsicht nicht unserer erarbeiteten Überzeugung. Indessen räumen wir gern ein, daß die Interpretation historischer Prozesse und ihre Darstellung niemals im reinen Wortsinn objektiv sein können. Die Vergangenheit wird immer nur in Aspekten betrachtet.⁶ Die Position des Betrachters in seiner Gesellschaft, seine geschichtlichen Erfahrungen und persönlichen Interessen bestimmen dabei seinen Standort, von dem aus er die vorangegangenen Zeiten sieht.⁷ Für die Schleswig-Holsteiner wurde fraglos seit dem 19. Jahrhundert, dem Beginn der wissenschaftlichen Geschichtsschreibung, der liberale, dann überwiegend der nationale Aspekt zum zentralen Anliegen historischer Untersuchungen und Darstellungen. Dieser Aspekt ist übrigens auch heute noch in den gängigen Handbüchern zur Landesgeschichte vorherrschend.

In vielen grundsätzlichen Positionen sind wir mit H.-F. Schütt und G. Vaagt einig. Das hat sich bei manchen Diskussionen gezeigt. Unbestreitbar haben sich „die Flensburger“ äußerst beachtliche Verdienste um die historische Landesforschung erworben. Es sei nur an die zahlreichen anregenden Veröffentlichungen des Flensburger Arbeitskreises erinnert.⁸

In dem folgenden Diskussionsbeitrag geht es, so meinen wir, nicht nur um die Aufdeckung kleinerer Versehen oder Irrtümer um ihrer selbst willen. Aber es ist nicht zu leugnen, daß bestimmte „kleinere“ Irrtümer oft zu Mißverständnissen und Mißverhältnissen zwischen Deutschen und Dänen beigetragen haben, weil sie in vielen Fällen eben mehr bedeuten als ein einfaches Versehen, nämlich Symptome bestimmter Einstellungen und Haltungen.⁹ Es kann aber auch der umgekehrte Sachverhalt eintreten, daß einem Historiker aufgrund unpräziser Aussagen eine Position zugeschrieben wird, die er in Wahrheit gar nicht einnimmt.

Den Beginn des nationalen Erwachens im Herzogtum Schleswig setzen Schütt und Vaagt mit den Ereignissen von 1830 an (Lornsen). Das gilt vor allem für das Königreich; denn in den Herzogtümern wurde der nationale Gedanke früher regsam. Es sei z. B. auf Dahlmann verwiesen.

Für die Zeit von 1851 bis 1863 ist kein Garantievertrag oder Versprechen der

europäischen Mächte für den dänischen Gesamtstaat bekannt (S. 129). Eine solche Garantie hätte den wohlverstandenen Interessen der Mächte auch widersprochen.¹⁰

Zwei Formulierungen in diesem Absatz sind auffallend: Man spricht von der „eiderdänischen Politik einer Einverleibung des Herzogtums Schleswig in Dänemark“ und von „Danisierung“ in der Zeit von 1851 bis 1863. Indessen fehlt das Pendant für die Zeit deutsch-preußischer Herrschaft über die Herzogtümer. Es heißt: (S. 129) 1866 (übrigens erst 1867!) „kamen“ die Herzogtümer zu Preußen-Deutschland als Provinz. Eine Charakterisierung deutsch-preußischer Kulturpolitik in Nordschleswig als „Germanisierung“ — und das war sie — fehlt jedoch, wenn sie auch kurz umschrieben wird. (S. 130-131). Kurzum: Man sollte sich hier um eine Gleichgewichtigkeit oder Ausgewogenheit des Urteils bemühen, nicht zuletzt der eigenen Glaubwürdigkeit wegen. Auf S. 130 hätte es heißen müssen, daß nicht nur die *dänische* Öffentlichkeit erst verspätet von der Aufhebung des *Vorbehalts* des Artikels V (nicht des ganzen Artikels) erfuhr, sondern die Öffentlichkeit überhaupt. In der deutsch-preußischen Zeit sollte man für Nordschleswig nicht von einer dänischen Minderheit (S. 130 oder S. 131), sondern richtig von der dänischen *Mehrheit* sprechen.

Es muß stark bezweifelt werden, ob H. P. Hanssens Abstimmungsforderungen (17. 11. 1918) letztlich von dänischer *und* deutscher Seite akzeptiert wurden (S. 131-132). Mindestens bis 1945 kann dies — besonders für die Mehrheit der Deutschen nördlich und südlich der Grenze — mit Fug und Recht bestritten werden. Es ist erfreulich, daß die Bedeutung der Sozialdemokraten in der Abstimmungszeit für Schleswig berücksichtigt worden ist. Allerdings lag die Kluft zwischen Bürgerlichen und Sozialdemokraten tiefer als nur bei einer unterschiedlichen Auffassung über das Selbstbestimmungsrecht (S. 132). War es nicht vielmehr so, daß das bürgerlich-konservative Lager die Sozialdemokraten letztlich für national unzuverlässig hielt?

Es ist gewiß legitim, Wahlergebnisse miteinander zu vergleichen, sofern sie *vergleichbar* sind (S. 133). Ein Vergleich zwischen den Folketingswahlen von 1920 und 1939 aber erscheint höchst problematisch; denn 1920 hatten sich die Nordschleswiger noch kaum auf die dänischen Partei- und Wahlverhältnisse eingestellt. Auch 1939 fand eine „Ausnahmewahl“ statt: Damals hofften die deutschen Nordschleswiger mit massiver nationalsozialistischer Unterstützung auf ein zweites Mandat im Folketing. Bei einem solchen Zahlenvergleich könnte der Eindruck entstehen, daß die deutsche Minderheit damals ständig wuchs, d. h. sich als „lebenstüchtig“ und „gerechtfertigt“ erwies, während die dänische Minderheit südlich der Grenze in ihrer Zahl und Bedeutung immer mehr abnahm. Hier hätte man auf die besonderen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Südschleswig hinweisen sollen, insbesondere die höchst unterschiedliche

Ausgangslage bei den Reichstagswahlen von 1924 und 1932.

Bedenklich erscheint die pauschale Behauptung (S. 133-134) — übrigens im Gegensatz zur Feststellung, H. P. Hanssens Vorstellungen zur Abstimmung hätten sich durchgesetzt (S. 132) —, daß „weite Kreise in Dänemark“ an eiderdänischen Forderungen festhielten. Das Beispiel allein aus Flensburg Avis (11. 2. 1932), dem Organ der *südschleswigschen Minderheit*, vermag hier nicht zu überzeugen. Von „dänischen Revisionswünschen“ zu sprechen, bedeutet eine nicht zulässige Verallgemeinerung. Dagegen bleibt die deutsche Minderheit, was die Frage der Grenzrevision angeht, unerwähnt. Immerhin war die Forderung nach einer „neuen Entscheidung“ doch ein Kernstück ihrer Politik, die sich in nationalsozialistischer Zeit zum Ruf „Heim-ins-Reich“ steigerte. Vaagt und Schütt verweisen statt dessen auf die „bescheideneren“ Vorstellungen für eine Grenzrevision bei „realistischen Schleswig-Holsteinern“, die danach trachteten, das „schiefe Viereck“, (nicht „Dreieck“, S. 134), wiederzugewinnen. Weiter heißt es:

„Die Machtergreifung des Nationalsozialismus drängte die dänischen nationalen Kräfte scheinbar in die Defensive“ (S. 134). Wir meinen: nicht nur „scheinbar“, sondern tatsächlich.

Wohl die unerfreulichsten Passagen des Aufsatzes sind die ersten beiden Absätze der Seite 135: Hier fordert jeder Satz zum Widerspruch heraus. Was Nordschleswig und die deutsche Minderheit heute betrifft, so unterstellen die Verfasser auf der dänischen Seite „Bemühungen, das Deutschtum in Nordschleswig mit dem Nationalsozialismus zu identifizieren.“ Sie führen dies auf zwei mögliche Gründe zurück, zum einen herrsche, „jedenfalls bei älteren Persönlichkeiten“, die „unrealistische Befürchtung“, die Zeit von 1933 bis 1945 könne sich wiederholen, zum anderen habe man den „national motivierten Wunsch“, die „Anziehungskraft der deutschen Kultur“ dadurch zu mindern, daß man ihre Belastung durch den Nationalsozialismus hervorhebe (und womöglich bewußt übertreibe??).

Die Verfasser gehen also anscheinend noch heute allen Ernstes von der Vorstellung aus, daß der deutschen Kultur eine überlegene „Anziehungs- und Identifikationskraft“ eigen ist. Sie mißtrauen der dänischen Seite in nationaler Hinsicht und erwecken gleichzeitig, ob gewollt oder nicht, den Eindruck, als habe der Nationalsozialismus mit dem Deutschtum primär nichts oder nur wenig zu tun — gleichsam als habe sich 1933 nur ein „Betriebsunfall“ ereignet, der 1945 endgültig behoben wurde. Wenn sie (S. 134) für die Zeit von 1920 von dem durch „Versailles gedemütigten, aber nicht gebrochenen deutschen Nationalstolz“ sprechen und meinen (S. 135): „Der national-dänischen Forderung wurde seit

Ende 1948 in steigendem Maße die alte schleswig-holsteinische Tradition entgegengesetzt“, so sollten sie darüber nicht vergessen, daß diese schon damals nicht unproblematisch war, zumal diese „Tradition“, wie immer man sie versteht, mit undemokratischen oder illiberalen Elementen bedacht war.

Es ist der Feststellung zuzustimmen, daß die sogenannte „Rechtsabrechnung“ nach 1945 nur vor dem Hintergrund der Ereignisse von 1940 bis 1945 zu verstehen ist. Bei der Erwähnung der Loyalitätserklärung der deutschen Minderheit hätte man allerdings darauf hinweisen sollen, daß damals politisch ein anderer Weg gar nicht möglich war. Diese Erklärung besagt also nicht ohne weiteres, daß eine entsprechende innere Bejahung des dänischen Staates, seiner Verfassung und seiner Südgrenze wirklich bei der Mehrheit der Deutschen in Nordschleswig im Herbst 1945 vorhanden war. Dagegen sprechen die Ereignisse der Zeit von 1920 bis 1945, sieht man von Ausnahmefällen einmal ab.

Der Satz vom „Linsengericht“ (S. 136), d. h. von den sogenannten Speckdänen, die vorübergehend ihr (deutsches) Kulturerbe vergessen und keinen „Selbstbehauptungswillen“ gezeigt hätten, trifft in dieser Form sicher nicht zu. Er offenbart eine sehr „einseitige“ Betrachtungsweise der Vorgänge nach 1945 in unserem Land. Zugleich steht es im Widerspruch zu den Ausführungen auf S. 135, wo es zu Recht heißt, es sei „ein umfangreiches Bündel von Motiven“ bei der „Option für Dänemark“ wirksam gewesen. Tiefste wirtschaftliche, politische und persönliche Not und der totale Zusammenbruch des Deutschen Reiches werden bei den „Dänenwahlen“ nach 1945 immer zu berücksichtigen sein.¹¹

Die Hoffnung der beiden Verfasser beruht schließlich auf den „werbenden Aktivitäten“ ohne „Konfrontation“ (S. 136). Es soll keineswegs verkannt werden, daß Ansätze in ihrem Aufsatz vorhanden sind, nationale Gegensätze zu überwinden. Aber es zeigen sich an bedeutenden Stellen auch „Reste“ einer „nationalen“ Argumentation. Dies ist an sich nicht mit Notwendigkeit negativ zu bewerten, nur sollte diese Argumentation im deutschen Interesse auf gesicherten Tatsachen beruhen.

Uns scheint es keine „moderne Utopie“ zu sein, durch kritische Interpretation und Analyse, die letztlich von den Problemen unserer Gegenwart angeregt sind, weiterhin zu unser aller Nutzen an der Aufdeckung nationaler Strukturen zu arbeiten. Dabei kann die Geschichte Schleswigs gewiß ein gutes Beispiel sein, wenn alle Seiten dazu bereit sind, überflüssigen „nationalen Schutt“ abzuräumen. Somit kann und wird die Geschichte Schleswigs nach wie vor ihren „Reiz“ behalten — entgegen allen Unkenrufen.¹² Der tiefere Sinn einer solchen kritischen Aufarbeitung läge ferner darin, die negativen, inhumanen und illiberalen Seiten des Nationalismus zu überwinden, um so neue Wege eines friedlichen Zusammenlebens in der Grenzregion begehen zu können.

Wenn wir hier „abweichende“ Ansichten geäußert haben, so geschah das nicht

aus einer wie auch immer gearteten Oppositionshaltung heraus. Vielmehr möchten wir unser lebendiges Interesse an der Geschichte und Gegenwart der deutschen Minderheit in Nordschleswig bekunden, ebenso unseren Wunsch, daß unsere gemeinsame Geschichte mit größter intellektueller Redlichkeit dargestellt werde. Diese Redlichkeit wollen wir H.-F. Schütt und G. Vaagt in keiner Weise absprechen. Wir meinen aber, das es eine „lebendige Vergangenheit“ (und Gegenwart) Schleswigs nur geben wird, solange wir allesamt „quer durch die Fronten“ bereit, ja mehr noch: engagiert sind, über die gestrigen und heutigen Verhältnisse im nördlichen Landesteil und in Nordschleswig freimütig zu diskutieren. Es ist bedauerlich, und dieser Vorwurf trifft uns alle, die sich um die Aufarbeitung der jüngeren Landesgeschichte bemühen, daß eine moderne kritische Geschichte gerade des nationalen Problems nach 1920 oder 1945 von deutscher Seite noch nicht vorliegt. Einzelstudien sind vorhanden. Aber an einer Gesamtdarstellung werden wir noch gründlich zu arbeiten haben. Sie wäre sicherlich auch für die jungen Nordschleswiger eine nützliche Hilfe in ihrem Alltag.

ANMERKUNGEN

- 1 Grenzfriedenshefte, H. 3, 1975, S. 129-136; auch erschienen in: „Der Nordschleswiger“ v. 22. u. 23. 10. 1975
- 2 Ebenda, S. 141-142
- 3 So auf der Tagung der Heimatkundlichen Arbeitsgemeinschaft für Nordschleswig im September 1975 in Sankelmark.
- 4 Wir sind uns darüber im klaren, daß auch von den Schleswig-Holsteinern eine kritische Aufarbeitung ihrer jüngsten Vergangenheit immer noch aussteht.
- 5 Vgl. Grenzfriedenshefte, H. 1, 1973, S. 35 ff.
- 6 *Karl-Georg Faber*, Theorie der Geschichtswissenschaft, 2. Aufl., München 1972, S. 165-182.
- 7 *Edward Hallett Carr*, Was ist Geschichte?, Urban Bücher Nr. 67, Stuttgart 1969, S. 54 und andernorts.
- 8 Wir möchten uns in diesem Zusammenhang deutlich in grundlegenden Punkten von der Rezension von Ulrich March distanzieren, der die Publikation „Flensburg in Geschichte und Gegenwart“ in ihren entscheidenden Ansätzen kritisiert (ZSHG 100/1975, S. 323-5). Wer den existentiellen Wert der Geschichte in ihrem unmittelbaren Bezug zur Gegenwart herabspielt (ganz im Gegensatz zu den Flensburgern, vgl. ZSHG 98/1973, S. 215 ff.: „Die Region im Unterricht, dargestellt am Beispiel Flensburgs“) und vom Eigenwert der Geschichte „träumt“, übersieht wesentliche Motive historischen Forschens und Lehrens.
- 9 Siehe *Gerd Vaagt*, Informationen über die Abstimmungen von 1920; in: Schleswig-Holstein, H. 4, 1972, S. 104-105, und ders. Das Grenzland Schleswig in den Schulbüchern, ebenda H. 9, 1972, S. 246.
- 10 Wir verweisen auf die 1952 vereinbarten deutsch-dänischen Thesen: Zur Geschichte und Problematik der dänisch-deutschen Beziehungen, Sonderdruck a. d. Internat. Jb. f.

Geschichtsunterr., Neudruck Braunschweig 1958.

11 Man siehe *Gerhard Isbary*, Problemgebiete im Spiegel politischer Wahlen am Beispiel Schleswigs, Bad Godesberg 1960; *Lorenz Rerup*, Grænsen - Fra grænsekamp til sameksistens, Albertslund 1969.

12 z. B. *Peter Seeberg*: Sønderjylland 1970, Taler i jubilæumsåret, København 1971, S. 41-42.

*

Kritik ist nützlich und zu begrüßen

Die zweifache Stellungnahme zu unserem Artikel ist um so mehr zu begrüßen, als einige der kritischen Anmerkungen sich bei genauerem Vergleich gegenseitig aufheben. Wir werten unsere eigene Arbeit etwa als in der Mitte zwischen polemischen Tagesjournalismus (Runge, Mogensen) und der wissenschaftlichen Darstellungsweise (f. Klingenberg/Leppien/Hopp) beider Kritikbeiträge stehend. Den Ausführungen des Artikels der drei „Kieler“ stimmen wir zu. Nur in einem Fall ist ein groteskes Mißverständnis zu verzeichnen:

In unserem Aufsatz im Grenzfriedensheft 3/1975, S. 135, Absatz 2 ist ein Sachverhalt aus dem nordschleswigschen Alltag nach 1945 angesprochen: daß nämlich gerade junge Menschen in Nordschleswig, die sich für das Deutsche entschieden, unterstellt wurde, sie vollzögen damit eine Option für den Faschismus. Anders ergibt dieser Absatz auch keinen Sinn, vor allem in Hinblick auf den letzten Satz. Die Vorstellung, daß die Verfasser der deutschen Kultur eine „überlegene Anziehungs- und Identifikationskraft“ zusprechen, ist grotesk, da sie, im Gegensatz zu den Leuten, die weiter südlich wohnen, das kulturelle Nord-Süd-Gefälle seit fahren und täglich spüren. (Vgl. auch gerade jetzt die unterschiedliche Wertung von Kultur auf gaben und -ausgaben in der Rezession!)

Das Engagement der beiden Verfasser und ihrer Freunde ist nur unter diesem Aspekt verständlich. Es ist noch unendlich viel zu tun, bis von einem Gespräch zwischen gleichgewichtigen Partnern im dänisch-deutschen Dialog die Rede sein kann. Auf deutscher Seite ist ganz schlichte, unprätentiöse und stetige kulturelle Leistung notwendig.

Hans-Friedrich Schütt / Gerd Vaagt

Das Ergebnis der 3. Sankelmarker Schulbuchkonferenz

Im Grenzfriedensheft 3/1975, Seite 145, wurde auf die bevorstehende dänisch-deutsche „Schulbuchkonferenz“ in Sankelmark hingewiesen. Diese Konferenz fand unter Teilnahme von 34 Historikern und Pädagogen beider Länder vom 20. bis 23. November 1975 statt. Nach längeren Diskussionen einigte man sich auf folgendes

ARBEITSPROGRAMM

1. Die sogenannte „große Lösung“
Ein Quellenhandbuch zur nationalen Frage zum wissenschaftlichen Gebrauch soll langfristig weiterverfolgt werden. Bei Dansk Centralbibliotek (Dr. J. Runge) und Stadtarchiv Flensburg (Dr. H. F. Schütt) soll eine „Quellenbank“ eingerichtet werden, wo in Form von Karteiblättern Quellennachweise gesammelt werden sollen. Das Karteiblatt ist inzwischen in seiner Form auftragsgemäß unter Hinzuziehung von Dr. Witt (Landesarchiv Schleswig) entworfen und kann demnächst gedruckt und an die Mitarbeiter verschickt werden.
2. *Ein Quellenheft zum deutsch-dänischen Konflikt im 19./20. Jahrhundert und seiner Lösung. (Sogenanntes „Längsschnittprojekt“).*
Die Redaktion liegt bei Dr. Gregersen (Haderslev) und Dr. H. F. Schütt (Flensburg). Kontaktadresse ist das Stadtarchiv Flensburg.
3. *Ein Quellenheft zur Entstehung des deutsch-dänischen Gegensatzes 1800-1848.*
Koordination Dr. Erich Hoffmann, (Universität Kiel).
Kontaktadresse Stadtarchiv Flensburg.
4. *Ein Quellenheft zum Ostersturm 1933.*
Koordination und Kontaktadressen:
P. Hopp (Kiel), C. Mogensen (Dansk Centralbibliotek).
5. *Ein Quellenheft zur Kieler Erklärung und zum Kopenhagener Protokoll.*
Redaktion G. Vaagt (Flensburg), Dr. J. Runge (Dansk Centralbibliotek).

Unkenntnis der Geschichte der Volksgruppe

Was weiß die nordschleswigsche Jugend heute von ihrer eigenen Geschichte? Nicht viel. Was die deutsche Jugend von der

Vergangenheit ihrer Heimat weiß, sind die großpolitischen Ereignisse wie z. B. 1848, 1864 und 1920. Dahingegen ist die Unkenntnis der Geschichte der Volksgruppe in weiten Kreisen der Jugend erschreckend. Darüber hat man im Geschichtsunterricht nichts erfahren.

Natürlich kann nicht ausgeschlossen werden, daß dieser Unterricht hier und dort erteilt wird. Meistens scheint es aber nicht der Fall zu sein, obwohl er in den Satzungen des Schul- und Sprachvereins ausdrücklich enthalten ist. Woher sollten die Geschichtslehrer auch über diese Geschichte informiert sein? Viele kommen aus der Bundesrepublik. Und die eigenen jungen Lehrkräfte, die an unseren Schulen tätig sind, haben darüber in ihrer Schulzeit auch nichts zu wissen bekommen. Dies scheint wahrlich ein

Problem, dem sich der Schulverein annehmen sollte. Nicht auszuschließen, daß eine Ursache der so viel zitierten Identitätskrise in diesem fehlenden Geschichtsverständnis zu suchen ist. Erfreulich, daß junge Lehrer - aus Nordschleswig und aus der Bundesrepublik - diesen Mißstand erkannten. Es liegt jetzt an dem Schulverein, diesem Mißstand abzuhelpfen. Eine Möglichkeit wäre die Ausarbeitung eines Unterrichtsheftes und die Durchführung eines Seminars, in dem erst einmal die Lehrer selbst in dieser Materie unterrichtet werden sollen. Erst dann kann der erwähnte Satzungsauftrag - was eigentlich ganz selbstverständlich sein sollte - erfüllt werden.

„Der Nordschleswiger“, 14. 10. 1975

Dringend brauchen wir ein klares, hieb- und stichfestes Verständnis vom Wesen bürgerlicher Freiheit. Mir erscheint wichtig, jeweils zu prüfen, für wie viele Menschen in jedem Falle Freiheit erstrebt wurde, ob nur für den Staat im Sinne außenpolitischer Handlungsfreiheit, ob nur für einen Stand oder eine Klasse zur freien Befriedigung ihrer Interessen, ob nur für eine kleine Gruppe im Dienste der Machtgelüste oder wirklich für alle, für die ganze Gesellschaft mit dem Ziel der Mitbestimmung und ohne Unterdrückung von Minderheiten; ohne den Schutz von Minderheiten ist Freiheit nur ein leeres Wort.

Dr. Gustav Heinemann - ehem. Bundespräsident - in seiner Rede zur Verleihung des Lessingpreises 1975 der Freien und Hansestadt Hamburg.

NEUE SCHLESWIGSCHE LITERATURBRIEFE

1 /1976

Sehr verehrter, lieber Herr Lenz!

In der Landschaft, in der Sie seit langem viele Wochen des Jahres verbringen, sagt man von einem, der fünfzig Jahre alt wird, daß er die scharfe Ecke passiere (han runder det skarpe hjørne). Sie passieren also am 17. März 1976 diese Ecke. Aus diesem Anlaß legt der Verlag Hoffmann und Campe unter dem Titel „Die frühen Romane“ Ihre Bücher: Es waren Habichte in der Luft, Der Mann im Strom, Brot und Spiele, Stadtgespräch im Neudruck in einem Bande vor. Dies ist sehr verdienstvoll, denn es erleichtert Ihren Freunden den Dialog mit Ihnen und den Kritikern und Gelehrten die Beschäftigung mit Ihrem Werk.

Lassen Sie mich aus Anlaß des Bandes Ihnen sagen, wie dankbar ich als Leser Ihrer Bücher bin, wie dankbar aber auch für die Begegnungen und Gespräche mit Ihnen seit 1966. Ich verdanke sie im Anfang den Veranstaltungen des Deutschen Konsulats in Apenrade. Lassen Sie mich in diesen Dank auch Ihre verehrte Gattin einschließen.

Eine Unterhaltung mit Ihnen bewegt mich bis zum heutigen Tage. Wir führen zusammen von der Überreichung des Literaturpreises Deutscher Freimaurer, auf der ich die Laudatio halten durfte, nach Hamburg. Wir sprachen — wie könnte es anders sein — über die Mission der Literatur und der Dichtung in unserer Welt und in unserer Zeit. Sie sprachen mit großem Respekt von Friedrich Ernst Peters, jenem Dichter zwischen den Kriegen, der wie wenige andere um Last und Glück des schriftstellerischen und dichterischen Auftrages wußte, der so sehr um die „Vollmacht des Wortes“ rang, der da wußte, daß man dort hingehen müsse, „wo die fremden Dinge in der großen Stille ihrer Ungesagtheit stehn“.

Auch Sie suchten aus Ihrem subjektiven Erleben und zugleich aus dem Erleben des Menschen unserer Zeit die fremden Dinge aus der Stille zu holen, um uns von ihrer Last durch das Wort zu befreien.

Wenn man 50 Jahre alt wird, hat man die Lehrzeit des Lebens hinter sich. Daher ist das Wort von der scharfen Ecke auch tröstlich, denn *Wahrheit* kann dem Erfahrenen, so schreiben Sie, „selbstverständlich weder endgültig noch fixierbar sein: sie liegt im Aufblitzen eines emporgerissenen Messers, in der pfeilschnellen Berührung der Schwalbe mit dem Wasser. Sie ist in einer einzigen Sekunde gewonnen und wieder verloren.“ Sie traten vor 25 Jahren bescheiden, fast beiläufig auf die literarische Szene und waren doch von da an unübersehbar

vorhanden, so fixiert es Klaus Günther Just sehr treffend. Warum? Weil Sie ein kleines Mehr an Wahrheit, ein kleines Mehr an Schönerem durch Ihre Bücher in die Welt einbrachten.

Sie schreiben einmal, daß die Literatur im Zeitalter der Wissenschaft ihre Aufgabe neu bestimmen muß. Sie verweisen auf „das deformierte und verdunkelte Bild des ratlosen Individuums“ unserer Zeit und stellen der Literatur die Aufgabe: „die Herkunft einer allgemeinen Trauer zu bestimmen; das Scheitern unserer Entwürfe zu begründen; die Furcht verständlich zu machen und der Hoffnung Raum zu geben.“ Wie wahr!

Lieber Herr Lenz, wir — meine Frau und ich — gratulieren Ihnen herzlich mit vielen guten Wünschen zum Geburtstag!

Ihr Hans Peter Johannsen

Ein Mahnmal deutsch-dänischer Freundschaft

Zum 150. Todestag

des deutsch-dänischen Dichterphilosophen Jens Baggesen

Am 3. Oktober 1826 starb in Hamburg ein zweiundsechzig Jahre alter Mann auf der Durchreise nach Dänemark. Er hieß *Jens Immanuel Baggesen*, er war Dichter und Philosoph und ein guter Freund des volkserzieherisch wirkenden späteren (dänischen) Bischofs *Nikolai Frederik Severin Grundtvig*. Der Leichnam wurde nach Kiel übergeführt, wo er an der Seite der früh verstorbenen ersten Gemahlin, Sophie (geb. von Haller), sowie des befreundeten Jenaer und Kieler Philosophieprofessors *Carl Leonhard Reinhold* und Frau Sophie (geb. Wieland) beigesetzt wurde. Auf dem gemeinsamen Grabmal, das auf dem Kieler Friedhof „Eichhof“ seinen neuen Standort gefunden hat, ist eine der Seligpreisungen aus der Bergpredigt nach Matthäus V, 8 zu lesen: „Selig sind, die reinen Herzens sind, denn die werden Gott schauen.“ Dieser Gedenkstein ist mit Recht als ein Mahnmal deutsch-dänischer Freundschaft bezeichnet worden. Zu dem Begräbnis auf dem Zentralfriedhof in Kiel fanden sich nicht wenige Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens ein, war Jens Baggesen doch 1811 mit der Professur für dänische Sprache und Literatur in der Kieler Universität betraut worden, wodurch er unter anderem die Freundschaft mit Staatsrat Hegewisch wie auch mit den Professorkollegen Müller, Niemann, Pfaff und Reimer gewonnen hatte. Ganz aus der Schweiz kam der älteste Sohn, Carl Reinhold Baggesen, angereist, der bis zu seinem Tode 1873 Münsterpfarrer in Bern war. Der jüngere Sohn, August Baggesen, war bereits anwesend, als der entkräftete Vater in Hamburg verschied.

Jens Immanuel Baggesen ist hierzulande vielleicht gerade noch dem Namen nach bekannt. In den literaturgeschichtlichen Darstellungen unserer Tage findet bestenfalls seine Vermittlerrolle bei dem dänischen Stipendium Erwähnung, in dessen Genuß Friedrich Schiller in den Jahren 1792 bis 1794 gekommen ist. Dabei ist der eigenschöpferische Beitrag zur deutschen Literatur bei diesem aus Dänemark stammenden Dichter, Philosophiekritiker und Sprachphilosophen beträchtlich. Keinesfalls erschöpft er sich in dem Kuriosum, daß die in unseren Tagen fast zu einem modischen Klischee gewordene Chiffre „Umwelt“ von niemand anderem als ihm, Jens Baggesen, stammt — nicht etwa zunächst in der dänischen, sondern vielmehr unmittelbar in deutscher Sprache neu geprägt als eine poetisch eingesetzte Neuschöpfung. Nein, das reiche schriftstellerische Werk dieses Dänen von Geburt gehört beinahe insgesamt zur deutschen Literatur, denn es wurde — mit wenigen Ausnahmen — deutschsprachig verfaßt. Wie kommt nun

dieser aus einfachen Verhältnissen stammende Sohn eines Kornschreibers von der dänischen Insel Seeland dazu, überhaupt Beiträge zur deutschen Sprach- und Geistesgeschichte zu liefern? Es war vielleicht das, was dieser Weltenwanderer „Umwelt“ nannte, was ihn in seinem von 1764 bis 1826 dauernden Leben schon früh zu einer zumindest geistigen Flexibilität zwang — er hat sich dann mit den engen Verhältnissen in seinem Lande nie mehr abfinden können, er war auch körperlich, räumlich ständig unterwegs.

Bereits als Kind mußte er sich seinen Weg größtenteils selbst suchen, den Lebensunterhalt selbst mit erarbeiten helfen. Das ermöglichte ihm schließlich sogar den Besuch der Lateinschule in einer benachbarten dänischen Provinzstadt und anschließend ein Theologiestudium an der Universität in Kopenhagen. Zu einem universitären Examen ist es jedoch nicht gekommen. Vorzeitig gebrauchte Baggesen sein poetisches Talent, das ihm zu den in Kopenhagen damals tonangebenden Kreisen des holsteinischen Adels Zugang verschaffte. Hochdeutsch wurde da als Bildungssprache gepflegt, und Jens Baggesen, dem Protegé eines hauptstädtischen Ästheten, gelang es schnell, sich hochzusingen. Zu seinen ersten Gönnern von Bedeutung zählen der deutschsprechende dänische Finanzminister Ernst von Schimmelmann und Herzog Friedrich Christian II. von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, eben jene Finanziers des Stipendiums für Friedrich Schiller Anfang der neunziger Jahre. 1787 ist Baggesen dann Gast auf dem Reventlowschen Landsitz Brahe-Trolleborg auf der Insel Fünen sowie bei den Stolbergs auf den Gütern Knoop, Emkendorf, Tremsbüttel. 1789 wird der junge Poet von seinen fürstlichen Gönnern auf eine „Erholungsreise“ geschickt — wie sie diese Art Verbannung kaschieren — mit Rücksicht auf national dänisch gesinnte Kreise in Kopenhagen, die Baggesens Opernlibretto „Holger Danske“, für das er weitgehend Christoph Martin Wielands „Oberon“ als Vorlage benutzt hatte, als *undänisch*, ja sogar als *südlich dekadent* kritisieren. Diese Reise nach dem Süden hat literarisch ihren Niederschlag gefunden in einer autobiographischen Reisebeschreibung, einem Buch, das im dänischen Original erstmals 1792 erschien und das, durch den befreundeten Hainbündler Carl Friedrich Cramer ins Deutsche übertragen, 1793 bis 1795 in der Kavenschen Verlagsbuchhandlung in Altona und Leipzig herausgekommen ist, mit dem Titel „Menschliches Leben. Das Labyrinth. Eine Reise durch Deutschland, die Schweiz und Frankreich“. Es war übrigens das einzige ursprünglich dänischsprachig verfaßte größere Werk Baggesens. In ihm werden unter anderem Begegnungen mit Berühmtheiten der Zeit geschildert, so zum Beispiel mit Johann Heinrich Voß in Eutin, mit Matthias Claudius, Friedrich Gottlieb Klopstock und Heinrich Wilhelm von Gerstenberg in Hamburg, mit dem Baron Adolf von Knigge in Hannover, mit Friedrich Heinrich Jacobi und August von Kotzebue in Bad Pyrmont, mit Gottfried August Bürger in Göttingen und mit dem als Schauspieler in Rollen Shakespeares

und Schillers berühmt gewordenen Theaterschriftsteller August Wilhelm Iffland in Mannheim. Auch erfährt man zum Beispiel, wie der Schauspieler Friedrich Ludwig Schröder in Hamburg den König Lear gespielt hat oder wie die Stimmung in Bad Pyrmont damals gewesen ist.

Das Buch endet mit der Ankunft in Basel. Doch die Reise geht weiter und wird auf allen Stationen durch Tagebuchnotizen festgehalten. Aber ab Basel bedient sich Baggesen bei seinen Aufzeichnungen nicht mehr der dänischen, sondern der deutschen Sprache. Das blieb nun zeit seines Lebens so.